



Newsletter der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager Juni 2013

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!
Sehr geehrte Damen und Herren,

... bevor die Ferien beginnen und Sie in ihren wohlverdienten Urlaub gehen, hier noch wichtige Informationen für Sie:

:: Die EU will massiv CCS zum Durchbruch verhelfen. Zur Zeit gibt es dort starke Aktivitäten und eine Kommissions-Initiative („Konsultation“). Stellungnahmen zu dieser Konsultation können von allen Bürgerinnen und Bürgern bis zum 02.07.13 eingereicht werden. Näheres siehe unten.

:: Seit Monaten werden die zuständigen Bergämter der jeweiligen Bundesländer mit Anträgen zur Aufsuchung von Erdöl und Erdgas überhäuft. Auch Schleswig-Holstein ist in sehr starkem Maße betroffen. Wir vermuten, dass die tatsächliche Absicht der Antragsteller bzw. deren Auftraggeber CO₂-Verpressung durch die „Hintertür“ - (bzw. CO₂-Verpressung und gleichzeitiges Fracking) ist.

:: Unserer Bürgerinitiative besteht nun seit über 4 Jahren, der Dank gilt allen ehrenamtlichen Unterstützern. Wir stehen vor einer ähnlichen Situation wie vor 4 Jahren, als wir durch unseren Widerstand das geplante CCS-Gesetz vor der Bundestagswahl verhindert haben. Genau wie damals ist auch jetzt der Versuch noch schnell vor der Wahl ein Frackinggesetz durchzusetzen durch die massiven Proteste verhindert worden.

:: Und jetzt eine Bitte an Sie: **Neue Aufgaben erfordern mehr Ausgaben!** Wir brauchen neue Plakate, Aufkleber usw. Sie sind vor 4 Jahren oder auch gerade jetzt erst mit dem einmaligen Betrag von 5€ Mitglied unserer Bürgerinitiative geworden. Wir freuen uns über eine erneute finanzielle Unterstützung! Am Ende des Newsletters finden sie unsere Kontoverbindung.

:: Und noch eine Bitte: Unterstützen Sie die **bundesweite Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking**, um den Druck auf die Bundesregierung erhöhen:

<https://www.openpetition.de/petition/online/korbacher-erklaerung-der-buergerinitiativen-gegen-fracking-deutschland>

:: Fordern Sie mit uns ein Verbot von CO₂-Verpressung und Fracking in Deutschland und die Aufnahme des Trinkwasserschutzes in das Grundgesetz! Es ist Wahlkampf – bitte sprechen Sie Politiker jeglicher Couleur darauf an.

Das sind unsere Themen:

1. Mitgliederversammlung, neuer Vorstand, Satzungsänderung

2. EU forciert CCS

3. Millionen Steuergelder werden für die CCS-Akzeptanzforschung verschleudert

4. Fracking auch in Schleswig-Holstein?

1. Mitgliederversammlung, neuer Vorstand, Satzungsänderung

Während der Mitgliederversammlung wurde u.a. gemäß unserer Satzung ein neuer Vorstand gewählt:

1. Vorsitzende: Karin Petersen, Langenhorn
2. Vorsitzender / Pressesprecher: Dr. Reinhard Knof, Nehnten
3. Schriftführerin: Karin Lüders, Leck
4. Kassenwart: Martin Maier-Walker, Bredstedt

Alle Vorstandsmitglieder, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt haben, unterstützen weiterhin die Bürgerinitiative und den Vorstand.

Satzungsänderung:

Die Mitgliederversammlung hat einstimmig beschlossen, den Widerstand gegen Fracking und EOR/EGR (Begriffe für Techniken, die mit Hilfe von CO₂-Verpressung eine erhöhte Ausbeute bei der Öl- und Erdgasförderung ermöglichen) in die Satzung der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager aufzunehmen.

<http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/Satzung-der-Buergerinitiative-gegen-CO2-Endlager-eV.pdf>

2. EU forciert CCS

Die EU stellt die CCS-Technologie weiterhin „in den Mittelpunkt der künftigen EU-Energiepolitik“ und hat am 27. März 2013 eine „konsultative Mitteilung über die Zukunft von CCS in Europa“ gestartet. An dieser Anhörung können sich auch Bürgerinnen und Bürger mit einer Eingabe beteiligen. **Termin: 02.07.2013:**
http://ec.europa.eu/energy/coal/ccs_de.htm

Eine Möglichkeit wäre z. B. die Übersendung des europäischen CO₂-Endlagerplanes nach Brüssel mit der Frage, ob die Dimensionen dort bekannt sind:

<http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/Plan-2-Storage-Evaluation.pdf>

Bitte sprechen Sie auch Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen an, damit diese sich an der Anhörung beteiligen.

Das EU-Parlament hat bereits einem beschleunigten Ausbau der Stromnetze, Gas-, Öl- und CO₂-Pipelines sowie „Speicherstätten“ zugestimmt. Damit ist auch die Bezuschussung bis zu 80 % der Projektkosten möglich.

Die Entwicklung eines europäischen CO₂-Transportnetzes wird von der Kommission als notwendig angesehen.

3. Steuergelder werden für die Akzeptanz von CCS verschleudert

In den vergangenen 4 Jahren und verstärkt in den letzten Monaten wurde von Diplomanden und Doktoranden der Versuch unternommen, die Bürgerinitiativen

gegen CO₂-Verpressung intensiv zur Akzeptanz von CCS zu befragen. In der Vergangenheit wurden schon eine ganze Reihe von CCS-Akzeptanzstudien verfasst, zum Teil werden diese von Stiftungen finanziert. Mehr dazu: <http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/presse/PM-220413.pdf>

4. Fracking auch in Schleswig-Holstein?

19 Anträge von 5 Firmen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Öl und Gas) in Schleswig-Holstein liegen dem Landesbergamt in Clausthal-Zellerfeld vor. Betroffen sind u.a. die Kreise **Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg, Segeberg** und **Lauenburg**. Es wird davon ausgegangen, dass ein Großteil der Fläche Schleswig-Holsteins betroffen ist. Hinzu kommen die Flächen der bereits genehmigten Anträge. Die Fläche für das beantragte und genehmigte Erlaubnisfeld „Rosenkranz-Nord“ (Kreis Nordfriesland und Teilgebiet Schleswig-Flensburg) ist im Wesentlichen identisch mit der von RWE Dea in 2008 beantragten und genehmigten Fläche zur Endlagerung von CO₂. Im Jahr 2011 wurde aufgrund des Widerstandes der Menschen der Antrag zurückgezogen. Der Kreis Schleswig-Flensburg ist insgesamt von drei Anträgen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Erdöl und Erdgas) betroffen.

Innerhalb der beantragten 5 jährigen Erlaubnisperiode sind seismische Bodenerkundungen geplant. Aus der Erteilung der Erlaubnis entsteht bereits ein Rechtsanspruch auf Bohrungen.

Neben den Risiken des Fracking - die auch das Umweltbundesamt und der Umweltrat beschrieben haben - und den hohen Kosten würde Fracking auch unser Land verändern. Nachstehend ein Luftbild aus Wyoming:



Quelle: skytruth.org

EU plant Frackingzwang für Deutschland

Beim EU-Gipfel in Brüssel über Energiepolitik stand auch der jüngste Vorstoß der Kommission zum höchst umstrittenen Fracking im Raum. Bürgerinitiativen sind

alarmiert, denn wenn die EU diese Art der Gasförderung erlaubt, kann sich Deutschland kaum noch dagegen wehren.

<http://www.n-tv.de/politik/EU-plant-Frackzwang-fuer-Deutschland-article10679196.html>

Überall in der Bundesrepublik und auf der ganzen Welt stehen die Menschen auf gegen Fracking, gegen die Macht und Gier internationaler Konzerne .

Auch in Schleswig-Holstein wurden mehrere Interessengemeinschaften gegen Fracking gegründet. Wir unterstützen alle Interessengemeinschaften, sowie alle anderen Bürgerinitiativen gegen Fracking und CO₂-Verpressung.

<http://www.stop-fracking-sh.de/>, <http://www.frackingfreie-zukunft.de/3.html>

Wir haben uns der bundesweiten „Dachorganisation“ gegen Fracking angeschlossen. Hier die Homepage: www.gegen-gasbohren.de

Mit freundlichen Grüßen

Karin Petersen im Namen des Vorstandes der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V., Schleswig-Holstein

P.S.:

:: Mit allen Mitteln soll die Energiewende verhindert werden. Nach Ansicht vieler Experten ist der Plan für neue Stromnetze nicht auf die Erneuerbaren ausgerichtet. Deswegen hat der BUND eine Beschwerde dagegen bei der EU eingelegt:

<http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bundesrat-beraet-morgen-aufgeblaehnten-bundesbedarfsplan-fuer-stromnetze-bund-hat-bei-eu-beschwerde/>

:: Besuchen Sie uns auch unserer öffentlichen facebook-Seite mit tagesaktuellen News: <http://www.facebook.com/pages/Kein-CO2-Endlager/175897405789374>

:: Unsere Spendenkonten / Mitgliedskonten lauten:

VR Bank eG, Niebüll

Konto: 77 19 0 19

BLZ: 217 635 42

Nordostseesparkasse:

Konto: 1635 0 3337

BLZ: 217 50 000

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und Ihre Mithilfe!

